



Michael Frieser

Mitglied des Deutschen Bundestages

Integrationsbeauftragter der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Pressemitteilung

Frieser: Beim Kampf gegen Spielhallen kann Bayern von Berlin lernen

Berlin, 15.12.2011
/TH/KLR

Michael Frieser, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 3.108

Telefon: +49 30 227-71931

Fax: +49 30 227-76931

michael.frieser@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Jakobstr. 46

90402 Nürnberg

Telefon: +49 911-24154432

Fax: +49 911-2369051

michael.frieser@wk.bundestag.de

Michael Frieser, direkt gewählter Abgeordneter für Nürnberg Süd und Schwabach, fordert nach der Unterzeichnung des neuen Glücksspielstaatsvertrags durch die Ministerpräsidenten ein Verbot von Mehrfachspielhallen und ausgedehnte Sperrzeiten, wie Berlin es bereits erfolgreich vormacht.

„Nach der heutigen Unterzeichnung des Glücksspielstaatsvertrag gilt es nun, diesen für Bayern auszugestalten. Der Vertrag öffnet hierfür die Türen. Jetzt muss es unbedingt bayrische Regelungen zu Sperrzeiten und zum Mindestabstand geben“, sagt **Frieser**. „Hier kann Bayern von Berlin lernen. Im Sommer hat das Berliner Abgeordnetenhaus erstmals ein Spielhallengesetz verabschiedet. Wir sehen in der Praxis, dass es funktioniert. Die Verwaltung kann jetzt einen Großteil der Anträge ablehnen. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes wurde hier kein neues Kasino eröffnet. Die entscheidende Regelung ist dabei die des Mindestabstands zwischen den Spielhallen. In Berlin sind dies 500 Meter.“

Frieser weiter: „Aus meiner Sicht ist es im Sinne der Suchtprävention auch notwendig, mehrstündige Sperrzeiten für Spielhallen einzuführen. Der Staatsvertrag sieht mindestens drei Stunden vor, ich vertrete die Ansicht, dass die Sperrzeit mindestens sechs Stunden betragen sollte. Berlin schließt seine Kasinos sogar für acht Stunden. Nur so kann das dauerhafte Spiel von pathologischen Spielern unterbrochen werden.“



„Das Verbot, mehrere Spielhallen in einem Gebäude zu eröffnen, wurde erfolgreich von Bayern in den Staatsvertrag hineinverhandelt. Mit diesem Verbot von Mehrfachspielhallen können wir nun auch endlich Spielhallen-Multikomplexe in Nürnberg verhindern“, sagt **Frieser**.

Hintergrund:

Mit dem Staatsvertrag zum Glücksspielwesen wurden heute zwischen den deutschen Bundesländern einheitliche Rahmenbedingungen für die Veranstaltung von Glücksspielen geschaffen. Der bisherige Vertrag läuft regulär Ende dieses Jahres aus.

Redaktion: Tobias Helmstorf, Kaspar Reif